

Qualitätsmanagement bei der Förderung der politischen Bildung

Schleichendes Gift oder Stabilisator pädagogischer Freiheit?

Bernd Werdin

Die Einrichtungen der politischen Bildung müssen sich bei der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel verschiedenen Verfahren unterziehen, um die Qualität ihrer Arbeit zu dokumentieren. Was bewirkt ein externes, programmbezogenes Qualitätsmanagement und wie kann es zu neuen Erkenntnissen über die politische Bildung führen?

Bernd Werdin stellt das Qualitätsmanagement bei der Förderung von Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen vor und erläutert das dabei zugrundegelegte Verfahren.

Vorbemerkung

„Netter Versuch“ – so könnte im Hinblick auf die Biografie des Autors vielleicht einer der höflichen Kommentare lauten. Ein Diplom-Volkswirt mit beruflichen Anfängen im Statistischen Bundesamt und nunmehr 20-jähriger Tätigkeit in verschiedenen Aufgabengebieten der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen kann unter „Qualitätsmanagement“ doch wohl nur Statistik und Kontrolle verstehen.

„Moment mal!“ – könnte der Autor einwenden und auf seine bisherigen Aufgaben verweisen, die auch die berufliche Ausbildung und die politische Bildung umfassen. Außerdem engagierte er sich aktiv in der Schulpflegschaft und bei der Entwicklung und Moderation einer neuen Startveranstaltung zur Berufswahl für den 8. Jahrgang.

Gibt es also berechtigte Hoffnung auf eine gewisse *Bildungskompetenz*? Oder ist der Gebrauch des Begriffs „Kompetenz“ nicht schon ein Indiz für ein bloß ökonomisches Verständnis von Bildung?

Und „Qualitätsmanagement in der Bildung“ – kann das auf Dauer gutgehen? Was bedeutet es für die Freiheit der Lehre und die Autonomie der Bildungsinstitutionen?

Betrachten wir aber auch die andere Seite der Medaille: Gibt es angesichts knapper öffentlicher Kassen nicht einen größeren Rechtfertigungsdruck beim Zuwendungsgeber? Ist es nicht legitim, mehr über die Effekte der Förderung erfahren zu wollen?

Die Diskussion über einen Richtungswechsel in der öffentlichen Förderung hin zu mehr Steuerung und Überwachung ist längst im Gang.

Meines Erachtens haben alle dabei gegeneinander angeführten Argumente ihre Berechtigung. Ganz

sicher handelt es sich um ein sehr weites Feld, das ich hier keinesfalls umfassend behandeln will. In meinem Beitrag geht es um die Erweiterung des Qualitätsmanagements bei der Förderung von Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Grundlagen der Förderung

Die Landeszentrale fördert Einrichtungen der politischen Bildung, die nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (WbG) anerkannt sind und zu mindestens 75 % politische Bildung realisieren (Bezugsgrößen: Teilnehmertage, Unterrichtsstunden).

Es handelt sich dabei um parteinahe Stiftungen, gewerkschaftliche und kirchliche Einrichtungen sowie Einrichtungen von Bürgerbewegungen und Initiativen. Nordrhein-Westfalen verfügt über ein plurales, qualitativ hochwertiges Angebotsspektrum von rd. 50 „Spezialisten“ der politischen Bildung, die die o. g. Voraussetzungen erfüllen.

Die vom Land geförderten Einrichtungen müssen Veranstaltungen der politischen Bildung in speziell definierten Kernfeldern anbieten

Die vom Land geförderten Einrichtungen müssen zudem mindestens 70 % der Veranstaltungen der politischen Bildung in speziell definierten Kernfeldern anbieten.

Diese Kernfelder werden jährlich mit einem repräsentativ zusammengesetzten Kreis von Vertreterinnen und Vertretern aus den Einrichtungen abgestimmt. Die Kernfelder für das Jahr 2011 sind:

- Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz
- Demographischer Wandel – Flexibilisierung der Lebensentwürfe – Modelle des zivilgesellschaftlichen Engagements
- Schulisches Engagement – Lebenslanges Lernen – Bildungsberatung
- Menschenrechte – Politische Kultur – Zeitgeschichte (mit Bezug zum Land Nordrhein-Westfalen)
- Zuwanderung und Integration
- Internationale Politik und europäischer Einigungsprozess
- Globalisierung – Marktwirtschaft – Sozialpolitik
- Klimawandel und Entwicklung – lokale und globale Handlungsperspektiven.

Die Themen „Gender Mainstreaming“ und „Nachhaltigkeit“ werden als Querschnittsaufgaben be-



Ein Kernfeld politischer Bildung ist die landesbezogene Zeitgeschichte. Hier Einführung des langjährigen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau in das Amt des Bundespräsidenten, Bonn 1999

trachtet, die in alle relevanten Kernfelder integriert werden können.

Damit soll sichergestellt werden, dass sich die Förderung der Landeszentrale in gesellschaftlichen Schwerpunktbereichen bewegt. Zugleich wird den Einrichtungen genügend Raum gegeben, um beispielsweise auf aktuelle politische Entwicklungen in ihren Angeboten reagieren zu können.

Neues Erkenntnisinteresse

Bei der Förderung durch die Landeszentrale gab es immer schon ein Qualitätsmanagement. Dies besteht aus der inhaltlichen und haushaltstechnischen Antragsprüfung und der Prüfung des Verwendungsnachweises nach Ablauf der Förderung.

Die hohe Qualität, die die einzelnen Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen erbringen, ist der Landeszentrale also längst bekannt.

Auch die Einrichtungen der politischen Bildung betreiben seit Längerem ein internes Qualitätsmanagement, um dauerhaft hochwertige, zielgruppen-gerechte Bildung zu gewährleisten und interne Abläufe zu überprüfen und ggf. zu verbessern.

Die intensivierte Diskussion über ein externes Qualitätsmanagement hängt damit zusammen, dass sich in den letzten Jahren auf den verschiedenen

Es geht darum, die Ergebnisse von Förderprogrammen zu beziffern und deren Wirksamkeit nachzuweisen

Elemente eine Rolle. Es geht darum, die Ergebnisse von Förderprogrammen zu beziffern und deren Wirksamkeit nachzuweisen.

Förderebenen ein deutlich größeres Interesse an einer Gesamtdarstellung der Förderprogramme herausgebildet hat. Hierbei spielen quantitative und qualitative

Für die geförderten Einrichtungen stellt sich dabei als besonderes Problem, dass sie bei verschiedenen Zuwendungsgebern mit verschiedenen Überprüfungsmethoden und -statistiken konfrontiert werden. Die Klagen der Einrichtungen über die damit verbundenen Belastungen sind sehr ernst zu nehmen. Eine Lösung ist allerdings noch nicht in Sicht.

Wenn man die Programme der EU, des Bundes und des Landes betrachtet, werden unterschiedliche Fördersystematiken deutlich. Vor dem Hintergrund rückläufiger gesetzlicher bzw. jährlich kalkulierbarer Fördermittel sind die Einrichtungen auf zusätzliche Projektakquisition mit neuen Anerkennungsvoraussetzungen und Berichtspflichten angewiesen, was die beschriebene Problematik noch verschärft.

Auch im Detail gibt es gewichtige Probleme, so z. B. bei den unterschiedlichen Altersklassifikationen. Die Landeszentrale musste sich bei der Einführung ihres nachfolgend beschriebenen Berichtswesens ebenfalls für eine Klassifikation entscheiden. Wir haben eine bestehende Klassifikation übernommen (die der Bundeszentrale für politische Bildung), was bei einigen Einrichtungen, die beispielsweise an der Statistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung beteiligt sind, Probleme verursacht hat.

Mit der Einführung eines Weiterbildungsberichts NRW könnte eine landesweit akzeptierte Altersklassifikation erarbeitet werden. Diese könnte auch Berichten zu einzelnen Förderprogrammen zugrunde gelegt werden.

In der Tat könnte aus der aktuellen Evaluation der Wirksamkeit der Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen, die vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung durchgeführt wurde, die (erneute) Einführung eines Weiterbildungsberichtssystems NRW folgen.



Es ist ein Problem für die Träger, wenn sie verschiedene Berichtssysteme bedienen müssen

Aber kann ein neues Berichtssystem, das letztlich doch wieder nur zusätzliche Arbeit verursacht, überhaupt im Interesse der Weiterbildungseinrichtungen liegen?

Die Vorteile eines Weiterbildungsberichtes lägen zunächst einmal darin, dass man die Leistungsfähigkeit der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen besser darstellen könnte. Diese Zahlen könnte man der Politik und der Öffentlichkeit präsentieren und damit die Notwendigkeit einer verlässlichen Förderung dokumentieren.

Außerdem könnte man die vielzitierte Formel des „Lebenslangen Lernens“ mit empirisch ermittelten Angaben konkretisieren und besser darlegen, wer schon lebenslang lernt und wer noch besondere Unterstützung benötigt. Natürlich existieren hierzu schon sehr gute Analysen. Ein Weiterbildungsbericht NRW, der über die Ergebnisse auch die Wirksamkeit des Weiterbildungsgesetzes überprüfen würde, könnte gerade im Hinblick auf die Erreichbarkeit bildungsferner Zielgruppen Entwicklungsmöglichkeiten offenlegen, die dann in der Umsetzung zu einer qualitativen Verbesserung der Förderung führen könnten.

Eine gewisse Mehrbelastung für die Träger ist dabei gewiss nicht auszuschließen. Sie sollte aber so gering wie möglich ausfallen. Deshalb wäre darauf zu achten, dass ein neuer Weiterbildungsbericht NRW – soweit möglich – auf bestehende Statistiken zurückgreift und Doppelarbeit bei den Einrichtungen vermieden wird.

Wie sinnvoll programmbezogene Analysen in der Weiterbildung sein können, soll nachfolgend am

Beispiel des erweiterten Qualitätsmanagements der Landeszentrale für politische Bildung veranschaulicht werden.

Erweitertes Qualitätsmanagement der Landeszentrale

Vor einigen Jahren erhielt die Landeszentrale den Auftrag, am ministeriellen Förderprogramm-Controlling teilzunehmen und gemeinsam mit dem Controlling-Referat und einem externen Dienstleistungsunternehmen ein *Berichtswesen* zu entwickeln. Die inhaltliche Verantwortung und Federführung oblag dabei der Landeszentrale.

Von Beginn an war klar, dass wir ein solches Berichtssystem nur gemeinsam mit den Einrichtungen erarbeiten wollen. Die Meinung der Praktikerrinnen und Praktiker vor Ort war uns wichtig. Deshalb wurde eine repräsentativ zusammengesetzte Arbeitsgruppe gebildet, in der die Bildungspraxis vertreten war.

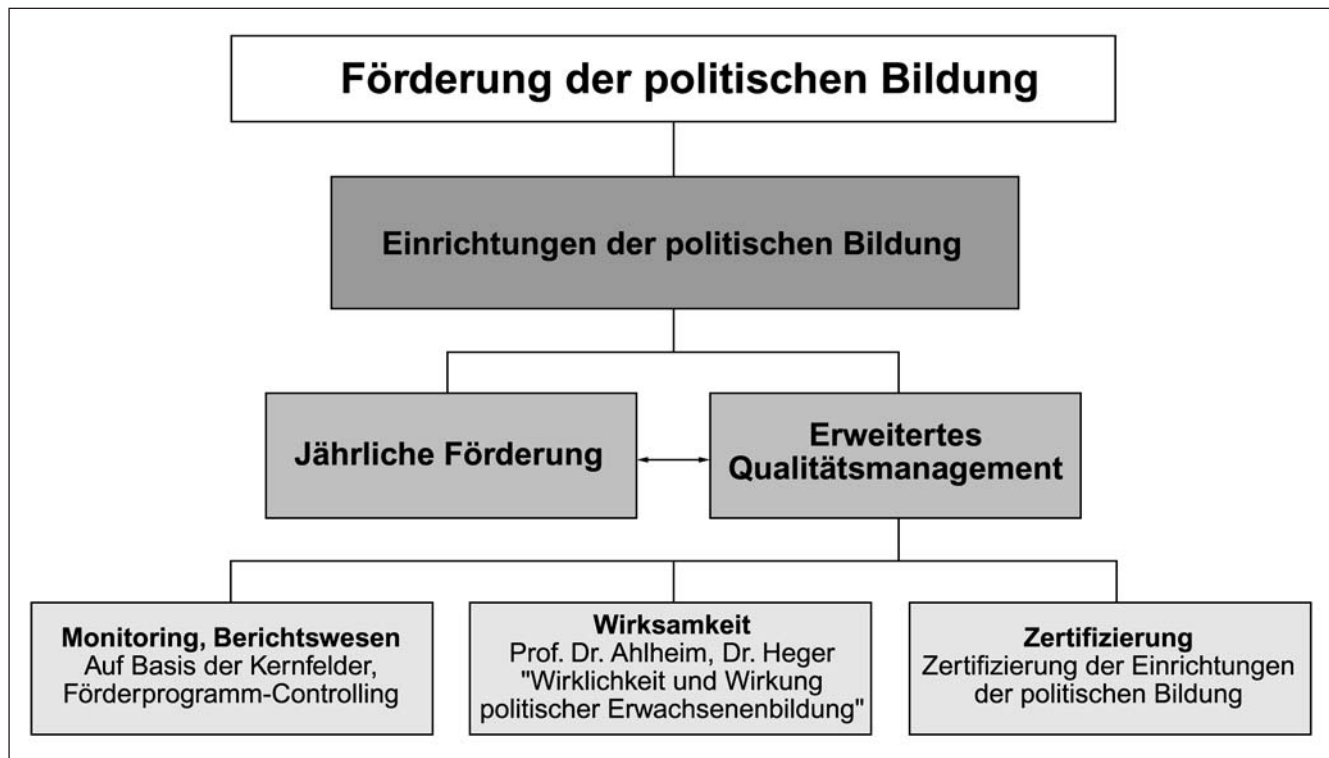
Den abgestimmten Erhebungsbogen haben wir allen Einrichtungen im Rahmen des jährlichen Fördergesprächs im Jahr 2006 vorgestellt und weitere Anregungen aufgenommen.

Ein Berichtssystem sollte aufgebaut werden, das Landeszentrale und Einrichtungen zur Qualitätssicherung und -darstellung der Arbeit nutzen können und das zugleich den Anforderungen des Förderprogramm-Controllings entspricht.

Um Aussagen zur *Wirksamkeit der politischen Bildung* machen zu können, nutzt die Landeszentrale die empirische Untersuchung von *Klaus Ahlheim* und *Bardo Heger*: „Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung“. Die Studie verfolgt das Ziel einer quantitativen und qualitativen Bewertung von Angebot, Nachfrage und Wirkung politischer Bildung in NRW.

Weiterhin hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung die nach dem Weiterbildungsgesetz geförderten Einrichtungen aufgefordert, sich von einer anerkannten Stelle zertifizieren zu lassen. Deshalb ist auch das Thema *Zertifizierung* Bestandteil des Qualitätsmanagements der Landeszentrale.

Bevor auf die einzelnen Punkte näher eingegangen wird, hier ein schematischer Überblick über die Förderung von Einrichtungen der politischen Bildung und das erweiterte Qualitätsmanagement:



Das Berichtswesen der Landeszentrale für politische Bildung

Bei dem Berichtswesen der Landeszentrale, das im Jahr 2007 gestartet wurde, handelt es sich um eine internetgestützte Befragung. Die Stammdaten (Adress- und Kontaktinformationen über Träger und Einrichtungen) sowie die Einnahmen- und Ausgabenrechnung werden von der Landeszentrale auf der Grundlage der Angaben der Träger eingegeben.

Einmal jährlich werden von den Einrichtungen sog. Einrichtungsdaten eingegeben. Diese setzen sich aus folgenden Angaben zusammen:

- Anzahl der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Personen in der politischen Bildung (hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter/-innen - HPM),
- Auswertung des Angebotes (Merkmale: Befragung der Teilnehmer/-innen und Dozentinnen und Dozenten, Hospitationen, Nachtreffen der Teilnehmer/-innen, Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen über die Qualität des Angebotes, statistische Auswertung der Veranstaltungen),
- Stand des Qualitätsmanagements bzw. des Zertifizierungsverfahrens.

Weiterhin muss zu allen Veranstaltungen der politischen Bildung ein Erhebungsbogen ausgefüllt

werden. Dieser Erhebungsbogen umfasst folgende Punkte:

- Veranstaltungsnummer, Titel der Veranstaltung, Veranstaltungsort,
- Veranstaltungsstätte (Bildungsstätte – z. B. Heimvolkshochschule oder Akademie – in NRW; andere Veranstaltungsstätte in NRW; Veranstaltungsstätte in der übrigen BRD; Veranstaltungsstätte im Ausland),
- Veranstaltungsleitung und -durchführung (Anzahl der HPM aus der Einrichtung, Anzahl der sonstigen Referentinnen und Referenten),
- Zusammenarbeit mit Institutionen, Organisationen, Gruppen und Initiativen,
- Veranstaltungsdauer (Teilnehmertage, Unterrichtsstunden),
- Veranstaltungsform,
- Thematische Einordnung der Veranstaltung in ein Kernfeld,
- Zielgruppen,
- Anzahl der Teilnehmenden (davon männlich, weiblich),
- Anzahl der Teilnehmenden, die zum ersten Mal an einer Veranstaltung der Einrichtung teilgenommen haben,
- Alter der Teilnehmenden,
- Nutzen der Veranstaltung aus der Perspektive der Teilnehmenden.

(Die letzten drei Fragen sind für Kurz- und Tagesveranstaltungen fakultativ).

Die Einrichtungen können Eckpunkte ihres Angebotes jederzeit in Abhängigkeit vom Eingabestand einsehen. Sie haben die Möglichkeit, Kompaktauswertungen zu Veranstaltungsformen, Veranstaltungen nach Kernfeldern, Zielgruppen und zur Gesamtzahl der Teilnehmenden abzurufen.

Weiterhin erhalten die Einrichtungen von der Landeszentrale ein umfassendes Auswertungspaket mit zusammengefassten Angaben aller Einrichtungen. Dieses Auswertungspaket enthält folgende Merkmale:

- Geographische Verteilung der Einrichtungen und der Veranstaltungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen,
- Einnahmen- und Ausgabenstruktur,
- Personalstruktur,
- Veranstaltungen,
- Teilnehmende,
- Qualitätsmanagement-System/Zertifizierungssystem.

Einige Auswertungsergebnisse für das Jahr 2009:

- Die im Jahr 2009 geförderten 47 Einrichtungen der politischen Bildung haben rd. 8.200 Veranstaltungen mit mehr als 190.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.
- Insgesamt wurden 44 % der Veranstaltungen in nordrhein-westfälischen Bildungsstätten durchgeführt. Dies unterstreicht die nach wie vor hohe Bedeutung der Bildungsstätten.
- Das mehrtägige Seminar ist nach wie vor die häufigste Veranstaltungsform (56 %). Es folgen Kurz- und Tagesveranstaltungen mit zusammen 34 % und – mit Abstand – Kurse/Kursreihen (6 %) und Studienseminare (5 %).
- Insgesamt haben zu 57 % Männer und zu 43 % Frauen an den Veranstaltungen teilgenommen.
- Die Einrichtungen haben in starkem Maße neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht (30 % waren erstmalig Teilnehmende an einer Veranstaltung der jeweiligen Einrichtung).

- An den Veranstaltungen haben in besonders großem Umfang junge Menschen teilgenommen (31 %). Dann folgen 28 - 40-Jährige (27 %), 41 - 52-Jährige (19 %), 53 - 65-Jährige (14 %) und Seniorinnen und Senioren (10 %).
- Die am häufigsten nachgefragten Kernfelder waren „Globalisierung – Marktwirtschaft – Sozialpolitik“ (35 %), „Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz“ (23 %), „Internationale Politik und europäischer Einigungsprozess“ (11 %) und „Menschenrechte – Politische Kultur – Zeitgeschichte“ (10 %).
- Zur Frage nach dem Nutzen der Veranstaltungen aus der Perspektive der Teilnehmenden gab es 117.575 Nennungen (Mehrfachnennungen waren möglich). Die Antworten verteilen sich wie folgt:

– Bessere Beurteilung politischer Sachverhalte:	42.001
– Berufliche Nutzung der Erkenntnisse:	22.859
– Nutzung der Erkenntnisse im Ehrenamt:	28.252
– Motivation zum gesellschaftlichen Engagement:	24.463.

Damit verfügt die Landeszentrale über Daten zur öffentlich geförderten politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen, die in dieser Ausprägung bei anderen Institutionen nicht vorhanden sind.

©Gerd Altmann/pixelio.de



Wer sind die Teilnehmer/-innen an politischer Bildung?

Studie von Klaus Ahlheim und Bardo Heger „Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung“¹

Da eine Wirksamkeitsanalyse allein auf der Basis statistischer Erhebungen nicht möglich ist, bezieht sich die Landeszentrale hier auf die empirische Untersuchung zur „Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung“.

Diese Untersuchung setzt sich aus vier Erhebungsschritten zusammen:

- Zunächst wurde eine Analyse der Programme von 27 ausgewählten Einrichtungen der (politischen) Erwachsenenbildung vorgenommen.
- Darauf aufbauend haben 15 Experteninterviews in leitfadengestützter Fragetechnik stattgefunden.
- In einem dritten Schritt wurde auf Grundlage der beiden ersten Erhebungsschritte ein Fragebogen erstellt, der an 142 Einrichtungen versandt wurde.
- Um Rückschlüsse auf die tatsächliche Wirkung politischer Bildung ziehen zu können, sind in einem vierten Erhebungsschritt 25 Interviews mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern an politischen Bildungsveranstaltungen geführt worden.

Die Untersuchung hat sich insgesamt an dem vielschichtigen Angebot politischer Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen orientiert. Zu nennen sind die in dieser Analyse betrachteten „Spezialisten der politischen Bildung“ sowie als weitere Anbieter politischer Bildung die Volkshochschulen und „andere Einrichtungen“, die nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannt sind, aber nicht ausschließlich politische Bildung anbieten (hier vor allem konfessionelle Einrichtungen).

Bei den Lernprozessen handelt es sich um komplizierte und längerfristige Vorgänge, die sehr schwer messbar sind

Bezüglich der Wirkung politischer Erwachsenenbildung wird zunächst darauf hingewiesen, dass es sich bei den Lernprozessen um komplizierte und längerfristige

Vorgänge handelt, die sehr schwer messbar sind. Laut Studie ist unter den politischen Bildnerinnen und Bildnern eine tiefe Skepsis gegenüber einer

Wirkungsforschung und Wirkungsgewissheit verbreitet, was allerdings nicht zu „professionellem Pessimismus führe“. Gründe für eine „Messbarkeitskepsis“:

- Die Wirkung ist nicht allein auf eine politische Bildungsmaßnahme zurückzuführen, sie resultiert vielmehr aus Aktivitäten, Erfahrungen und Impulsen, die auf den Menschen einwirken.
- Die Bedingungen in einem Seminar und im „realen Leben“ sind nicht vergleichbar. Die Erfolgsquote von politischer Bildung ist daher nicht unmittelbar abzuleiten.
- Einstellungs- oder Verhaltensänderungen brauchen oft sehr viel Zeit. Die nachhaltige Wirkung der politischen Bildung entzieht sich daher weitgehend eines empirisch exakten Nachweises.

Im Rahmen der Untersuchung wurden Interviews mit ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern geführt. Es wurde eine Interviewform gewählt, die sich flexibel an einem Leitfaden orientiert und so die Vergleichbarkeit der Interviews gewährleistet. Zugleich enthalten die Interviews auch autobiografisch-narrative Impulse.

Interviewpartner/-innen waren Personen, die schon häufiger an Veranstaltungen der politischen Bildung teilgenommen hatten und bei denen die Veranstalter davon ausgingen, dass sie besonders viel „mitgenommen“ hätten. Es ging folglich nicht um eine quantifizierbare Auswertung der Wirkung politischer Bildung, sondern exemplarische politische Lernbiografien sollten ausfindig gemacht werden, in denen Angebote außer- und nachschulischer politischer Bildung eine Rolle spielen.

In der Zusammensetzung der Interviewgruppe nach Geschlecht, Altersspanne und Schulabschluss sehen die Autoren Indizien dafür, dass die politische Erwachsenenbildung nicht nur bestimmte Zielgruppen erreicht, sondern Personen aus ganz unterschiedlichen Schichten und Milieus. Auffällig ist allerdings das überdurchschnittlich hohe gesellschaftspolitische Engagement der Befragten.

In den Interviews wurden ganz unterschiedliche Lebensgeschichten erzählt. In einigen Biografien waren Veranstaltungen der politischen Bildung der entscheidende Impuls für das weitere Engagement, wohingegen in anderen Biografien die politische Bildung ganz selbstverständlich zum politischen Interesse gehörte.

Als Ergebnis der gesamten Untersuchung wird festgestellt, dass

¹ Klaus Ahlheim/Bardo Heger: *Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung*, Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen; Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2006

- das politische Bildungsangebot eine Vielfalt an Inhalten und Arbeitsformen enthält,
- sich ein hohes Maß an Professionalität in der Erwachsenenbildung etabliert hat und
- politische Bildung biographisch von großer Bedeutung sein kann, wobei sich die Wirkung nicht genau bestimmen lässt.

Alles in allem ist die politische Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen – lt. Untersuchung – ein Erfolgsmodell mit doch beachtlicher Reichweite.

Zertifizierung von Weiterbildungseinrichtungen

Im Bericht zur „Situation der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungsstand und Handlungsfelder in der Legislaturperiode bis 2010“ des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 16. Oktober 2007 wurde als aktuelles Handlungsfeld die Entwicklung und Sicherung der Qualität benannt. Hierzu heißt es:

„Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen der Haushaltsberatung 2007 u. a. beschlossen, dass die Einrichtungen der Weiterbildung sich einer Qualitätsprüfung unterziehen sollen. Der Landtag hat die Absicht formuliert, dass die Landesförderung nach dem Weiterbildungsgesetz an das Vorliegen eines vom zuständigen Ministerium anerkannten Gütesiegels (Zertifikat), wie zum Beispiel des Gütesiegelverbundes Weiterbildung e. V., geknüpft wird.

Die Einrichtungen der Weiterbildung entwickeln und sichern auf unterschiedlichen Wegen ihre Qualität. Ein staatlich anerkanntes Qualitätssiegel muss jedoch gewährleisten, dass die Qualität der mit Landesmitteln geförderten Angebote unterschiedlicher Einrichtungen nach gleichen Kriterien zertifiziert wird, damit die Bürgerinnen und Bürger die Kurse sachgemäß vergleichen können. Es ist deshalb vorgesehen, diejenigen Zertifikate anzuerkennen, die bundesweit in der Weiterbildung eingeführt und auch in anderen Programmen als Qualitätsnachweis verwendet werden können. Neben dem Referenzmodell Gütesiegelverbund Weiterbildung e. V. sind dies zurzeit EFQM [European Foundation for Quality Management], ISO 9000 ff und LQW [Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung]. Diese Qualitätssiegel werden bereits heute von vielen Weiterbildungseinrichtungen innerhalb und außerhalb des Weiterbildungsgesetzes erworben. Weitere Zertifikate werden anerkannt, wenn sie dem Referenzmodell vergleichbar sind.“

Damit waren auch die Einrichtungen der politischen Bildung aufgefordert, ein Zertifizierungsverfahren in die Wege zu leiten. Die Landeszentrale hat diesen Prozess aktiv durch Beratung und

Informationsangebote begleitet. Allerdings hat die Landeszentrale kein bestimmtes Verfahren empfohlen.

Beispielhaft soll das Zertifizierungsverfahren nachfolgend am Gütesiegelverbund Nordrhein-Westfalen skizziert werden:

- Anmeldung der Einrichtung zum Zertifizierungsverfahren,
- Erstgespräch der Gutachterin/des Gutachters mit der Leitung der Einrichtung und der/dem Qualitätsbeauftragten,
- Aufgaben der Einrichtung (Erstellen und Fortschreiben eines Handbuchs zum Qualitätsmanagement, Durchführung mindestens eines internen Audits, Erstellen des Selbstreports),
- Prüfung und Bewertung des Selbstreports und der als Nachweis geltenden Dokumente durch die Gutachterin/den Gutachter und Zwischenbericht der Gutachterin/des Gutachters,
- Einrichtungsbesuch (Planung des Einrichtungsbesuches, Einführungsgespräch der Gutachterin/des Gutachters mit der Leitung der Einrichtung und der/dem Qualitätsbeauftragten, Prüfung von Dokumenten und Gespräche mit Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, Abschlussgespräch),
- Auditbericht (die Gutachterin/der Gutachter erstellt den Auditbericht und sendet ihn an die Zertifizierungsstelle des Gütesiegelverbundes. Von dort wird der Bericht an den Beirat weitergeleitet. Die Einrichtung der Weiterbildung erhält den Auditbericht nach Entscheidung des Beirats über die Vergabe des Zertifikats),
- Entscheidung des Beirats/Vergabe des Zertifikats (Gültigkeit: drei Jahre, Anm.: Zur Aufrechterhaltung der Zertifizierung ist eine anschließende Rezertifizierung erforderlich).

Im Rahmen der Zertifizierung von Weiterbildungseinrichtungen durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung e. V. werden folgende Qualitätsbereiche überprüft:

- Bildungseinrichtung, Leitbild und Konzeption, Betriebsorganisation,
- Qualitätsziele und Leitlinien der Qualitätspolitik,
- Schlüsselprozesse, die zur Realisierung des Bildungsprozesses notwendig sind (z. B. Ermittlung von Bildungsbedarfen, Entwicklung von Bildungsangeboten, Veröffentlichung der Angebote, Beratung und Gewinnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Auswertung und Weiterentwicklung von Veranstaltungen),
- Qualität der Bildungsarbeit (Überprüfung von Inhalten und Zielen der Veranstaltungen, Aus-

wahl der Lehrenden, geeignete Unterrichtsräume, Medien und Materialien),

- Teilnehmendenbezogene Rahmenbedingungen, Teilnehmerschutz,
- Personalentwicklung (Personalplanung, -förderung, -gewinnung),
- Berichtswesen, Auswertung und Verbesserung.

(Quellen: www.guetesiegelverbund.de und Broschüre „Das Qualitätsmanagement-System nach Gütesiegelverbund Weiterbildung“, Herausgeber: Gütesiegelverbund Weiterbildung e. V. im August 2010)

Fazit

Die Aufgaben der Leitungen von Einrichtungen der politischen Bildung und der hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter/-innen haben sich in den letzten Jahren gravierend geändert. Es sind neue Anforderungen im Managementbereich hinzugekommen. Zertifizierung und Berichtswesen, zusätzliche Projektakquisition und die Behandlung schwieriger Spezialfragen, wie z. B. im Zusammenhang mit der Umsatzbesteuerung, sind heute wichtige Bestandteile des Arbeitsalltags in den Einrichtungen.

Aber auch Politik und Verwaltung stehen unter größerem Rechtfertigungsdruck. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Kassen und der dringenden Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung ist der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern deutlich stärker nachzuweisen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen versteht sich als Vermittler zwischen Einrichtungen und Politik. Sie vertritt die Interessen der Einrichtungen auch gegenüber anderen Ressorts.

Zudem bietet die Landeszentrale den Einrichtungen Beratungen und Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen an.

Aus dem Berichtswesen und der empirischen Untersuchung zur „Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung“ sowie aus dem Zertifizierungsverfahren können wir nachweisbar ableiten, dass die geförderte politische Bildung in Nordrhein-Westfalen sehr gut aufgestellt ist.

Mit diesem Nachweis wollen wir die Einrichtungen der politischen Bildung stärken und ihnen breiten Raum geben für ihre gesellschaftspolitisch bedeutende Aufgabe.

Diese Bedeutung der politischen Bildung und das große Leistungsspektrum der Einrichtungen stellen wir auch öffentlichkeitswirksam dar. Damit ist Qualitätsmanagement auch Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig ist dabei, dass Qualitätsmanagement niemals Selbstzweck sein darf. Es ist vielmehr ein wichtiges Element zur Unterstützung der geförderten politischen Bildung unter veränderten Rahmenbedingungen.

Aus dieser Betrachtungsweise heraus ist das Qualitätsmanagement einer ständigen Überprüfung zu unterziehen. So wie wir den Prozess gestartet haben, werden wir ihn auch fortsetzen. Wir werden die Einrichtungen weiterhin bei der Umsetzung und Ausgestaltung des Qualitätsmanagements aktiv einbeziehen.



Bernd Werdin ist bei der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen als Referent zuständig für die Förderung von Einrichtungen der politischen Bildung und das dazugehörige Qualitätsmanagement. Er ist erreichbar über die Adresse der Landeszentrale: 40190 Düsseldorf.

E-Mail: bernd.werdin@mfkjs.nrw.de